

Stolpersteine für Genossenschaftler

Wer kennt sie nicht, die kleinen quadratischen Messingtafeln in den Fußwegen, die die Lebensdaten von Verfolgten enthalten? Der Künstler Gunter Demnig hat 1995 begonnen, mit diesen Stolpersteinen an das Schicksal von Menschen zu erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt wurden. In Deutschland und 26 weiteren Ländern wurden inzwischen über 90.000 Gedenksteine verlegt. Die Stolpersteine bilden damit weltweit das größte dezentrale Mahnmahl.

Zunächst standen die verfolgten Menschen jüdischer Herkunft im Mittelpunkt der Erinnerung, später wurde das Projekt Stolpersteine auf alle Opfer ausgedehnt: Juden, politisch Verfolgte, Roma und Sinti, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zwangsarbeiter und Euthanasie-Opfer. Dabei können inzwischen nicht nur Menschen einen Stolperstein bekommen, die unter der Gewaltherrschaft zu Tode gekommen sind, sondern auch solche, die die NS-Zeit überlebt haben.

Heute sind die Stolpersteine fester Bestandteil der Erinnerungskultur in Deutschland. Es gibt örtliche Initiativen, die sich um die Erstellung von Biografien und die Verlegung von Stolpersteinen kümmern. In Schülerprojekten wird über die Verfolgten geforscht. Ausstellungen und Internetportale informieren über die Lebensläufe der Opfer. Das Kunstprojekt von Gunter Demnig hat es geschafft, dass sich zahlreiche Bürger und Bürgerinnen mit dem Schicksal der verfolgten Menschen auseinandersetzen und somit der wahre Charakter der NS-Herrschaft als eine menschenverachtende Diktatur immer wieder erkennbar wird und nicht in Vergessenheit gerät.

Dass auch Verfolgte, **die die NS-Zeit überlebt haben**, einen Stolperstein bekommen können, ist noch längst nicht überall und jedem bekannt. Erinnerungspolitisch scheint mir aber gerade diese Veränderung wesentlich, da nun nicht mehr nur der Schrecken des Todes im Zentrum steht, sondern: die Verfolgung durch das NS-Regime. Gleichzeitig erhöht diese Veränderung die Verantwortung derer, die die Verlegung des Stolpersteines planen – im besten Fall also die Verantwortung von uns als Historikern. Ich werde gleich weiter darauf eingehen.

Mit der Aktion Stolpersteine für Genossenschaftler möchte die Historiker-Genossenschaft darauf aufmerksam machen, dass es auch im Genossenschaftsbereich zahlreiche Opfer nationalsozialistischer Verfolgung gab,

deren Schicksal weitgehend unbekannt ist. Wir möchten einen Beitrag dazu leisten, dass die Lebensläufe dieser Menschen mit ihrem Engagement, ihren Hoffnungen und ihren Enttäuschungen nicht in Vergessenheit geraten, sondern eine Würdigung erfahren. Wir hoffen, damit einen Anstoß für weitere Stolpersteine geben zu können und ich würde mich sehr freuen, wenn sie die Initiative unterstützen würden und auch in ihrem Umfeld für Stolpersteine für Genossenschaftler werben könnten.

Welcher Personenkreis kommt für einen Stolperstein infrage? Dazu sind zunächst einmal die Person zu nennen, die aufgrund ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden. Dabei kann es sich um einfache Genossenschaftsmitglieder, um Mitarbeiter oder auch um Gremienmitglieder handeln. Die zeitgenössischen Aussagen, wonach die Genossenschaftsidee nicht mit den auf den eigenen Vorteil bedachten Interessen von Juden vereinbar war und es deshalb keine oder nur ganz wenige jüdische Genossenschaftsmitglieder gab, entstammt der rassistischen Ideologie des NS-Regimes und ihrer Vorgänger und ist schlichtweg falsch. Soweit Informationen vorliegen, ist davon auszugehen, dass dort, wo jüdische Gemeinden existierten, auch jüdische Bürgerinnen und Bürger Mitglieder von Kreditgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften oder Konsumgenossenschaften waren. Eine Recherche über die damaligen Mitglieder nach ersten Anhaltspunkten (z.B. den Namen) kann sich lohnen und mit der Würdigung durch einen Stolperstein zu einer lebendigen Erinnerungskultur beitragen. Auch kommen Stolpersteine für Personen infrage, deren Eigentum sich Genossenschaften im Rahmen der „Arisierung“ aneigneten. Schließlich gab es Genossenschaftsmitglieder, Genossenschaftsfunktionäre sowie Mitarbeiter von Genossenschaften und deren Unternehmen, die aus politischen Gründen verfolgt wurden. Dabei kann es sich beispielsweise um Sozialdemokraten und Kommunisten handeln, die aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft entlassen wurden. Auch beteiligten sich Genossenschaftler am Widerstand gegen das NS-Regime.

Verbindliche Kriterien dafür, wer einen Stolperstein bekommen kann, gibt es allerdings nicht. Die Entscheidung liegt allein bei dem Künstler. Rassistische Verfolgung, Inhaftierung oder Emigration bilden im allgemeinen eine hinreichende Grundlage für eine Stolpersteinverlegung. Hier sehe ich uns als Historiker in der Verantwortung, im Vorfeld genaue Recherche zu betreiben und

Stolpersteinverlegungen im besten Fall auch mit der Veröffentlichung von Biografien zu verknüpfen.

Kurz noch zum organisatorischen Ablauf und zu den Kosten: Die Herstellung der Stolpersteins und die Verlegung durch den Künstler oder durch seine Unterstützer erfolgt gegen eine Spende von 120 €. Von der Anmeldung bis zur Verlegung können derzeit etwa sechs Monate bis zu einem Jahr vergehen. Wenn also ein Name bekannt ist, Lebensdaten zur Verfügung stehen und die Verfolgung hinreichend dokumentiert ist, entstehen keine weiteren Kosten. Sofern Namen erst ermittelt und Lebensläufe erforscht werden müssen, sind unter Umständen zusätzliche Mittel erforderlich.

Die Historiker-Genossenschaft engagiert sich derzeit für die Verlegung von fünf Stolperstein. Der erste Stolperstein wurde 2021 für August Ellinger in Hamburg verlegt, der zweite wird in Kürze in Stuttgart für Eugen Grimminger gesetzt, auf beide werde ich gleich ausführlicher eingehen. Weitere Patenschaften hat die Historikergenossenschaft für die bekannten Genossenschaftswissenschaftler Prof. Dr. Ernst Grünfeld und Prof. Dr. Georg Brodnitz übernommen, die einen Gedenkstein an ihrem letzten Wohnort in Berlin erhalten werden. Beide waren jüdischer Herkunft, Grünfeld nahm sich 1938 das Leben, Brodnitz wurde 1941 deportiert und ermordet. Ein weiterer Stolperstein ist für Dr. Andreas Hermes, dem früheren Präsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, der sich an den Widerstandsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligte, angemeldet.

Ich komme jetzt zu August Ellinger und Eugen Grimminger:

August Ellinger wurde am 22. November 1880 in Haselbach bei Alfdorf in Württemberg als Ältester von drei Söhnen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er von 1894 bis 1897 das Maurerhandwerk. Anschließend begab er sich auf Wanderschaft und erweiterte seine Kenntnisse durch Selbststudium. Bereits ab 1897 war er in der Arbeiterbewegung tätig. Durch sein Engagement machte er in Berlin auf sich aufmerksam, wo er bis 1909 als Maurer tätig war. Erfolgreich bewarb er sich auf eine ausgeschriebene Stelle als Redakteur der Gewerkschaftszeitung des Verbands der Maurer „Grundstein“. Am 1. Juni 1909 nahm er die Arbeit auf und zog nach Hamburg, wo das Blatt herausgegeben wurde. Ellinger nahm eine Wohnung im Stadtteil Hamm. Im Jahr darauf beschlossen die

zahlreichen Gewerkschaftsverbände des Baugewerbes den Zusammenschluss zum Deutschen Bauarbeiterverband mit Sitz in Hamburg ab dem 1. Januar 1911.

Gemeinsames Organ wurde der „Grundstein“, für den Ellinger weiterhin als Redakteur tätig war. Ab 1911 fungierte er zugleich als Redakteur der Zeitung des Verbandes italienischer Arbeiter in Deutschland „L'Operaio Italiano“.

August Ellinger war Mitglied der SPD und kandidierte bei der ersten demokratischen Bürgerschaftswahl am 16. März 1919 auf Platz 68 erfolgreich. Er blieb bis 1922 Abgeordneter und war als solcher Mitglied der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen sowie der Baubehörde.

1922 übernahm er die Geschäftsführung des Verbandes sozialer Baubetriebe mit Sitz in Berlin. Eine endgültige Übersiedlung in die Hauptstadt erfolgte offensichtlich erst Ende der 1920er Jahre, bis 1928 verzeichnete das Hamburger Adressbuch noch einen Wohnsitz an der Horner Landstraße. August Ellinger war Hauptvorstandsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbands.

Nach der Revolution 1918/19 war Ellinger einer der Wortführer bei der Diskussion um die Sozialisierung im Baugewerbe. Gemeinsam mit dem bekannten Berliner Stadtrat Martin Wagner setzte er Ideen zur Behebung der Wohnungsnot um und initiierte eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Bewegung, die im Wohnungsbau beachtlichen Erfolg hatte. Im Bauarbeiterverband erhielt Ellinger den Auftrag, sich mit diesbezüglichen Fragen zu befassen. 1920 gab er die Schrift „Die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens“ heraus.

Es war vor allem Ellinger, der die verschiedenen Strömungen und Vorschläge bündelte und die grundlegende Idee umsetzte, den dringend notwendigen Wohnungsbau unter Ausschaltung des privaten Profitstrebens zu organisieren.

August Ellinger war damit einer der Hauptakteure, die in der Lage waren, die Ideen einer Gemeinwirtschaft in gewerkschaftlich-genossenschaftlichem Eigentum in die Praxis umzusetzen. Als 1920 die GmbH Verband sozialer Baubetriebe gegründet wurde, stellten die Gewerkschaften einen Großteil des 5 Millionen Mark umfassenden Stammkapitals. Zum Zweck des Verbandes soziale Baubetriebe hieß es im Gesellschaftervertrag: „Gründung gemeinnütziger, genossenschaftlicher und sonstiger nicht auf privatkapitalistischer Grundlage tätiger Baubetriebe sowie ihre Vertretung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften von Reich, Ländern und Gemeinden“. Die Baubetriebe waren als sogenannte „Bauhütten“, deren Gesellschafter Gewerkschaften, öffentliche Verbände aller Art und

Baugenossenschaft sein sollten, oder als Produktivgenossenschaften organisiert. Bekannt wurde diese Konstruktion unter dem Begriff „Bauhüttenbewegung“. Anfangs dominierten Produktivgenossenschaften, die zum Teil in organisatorisch effizientere GmbHs umgewandelt wurden.

Zwei Jahre nach der Gründung übernahm August Ellinger die Geschäftsführung im Verband sozialer Baubetriebe. Bis 1933 leitete er die Geschicke des Unternehmens. Unter seiner maßgeblichen Beteiligung gründeten verschiedene Gewerkschaften und der Verband sozialer Baubetriebe 1924 die Deutsche Wohnungsfürsorge AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter kurz DEWOG. Die DEWOG arbeitete als Beschaffungsgesellschaft von Wohnungen, das Unternehmen baute und stellte die fertigen Wohnungen den Auftraggebern – insbesondere Baugenossenschaften – zur Verfügung. Darüber hinaus wurde der Dewog-Revisionsverband gegründet, der die Prüfung der ihm angeschlossenen Baugenossenschaften übernahm. Insbesondere Baugenossenschaften, die eng mit der Arbeiterbewegung verbunden waren, schlossen sich dem Verband an.

Der Verband sozialer Betriebe und später die DEWOG unterstützten und initiierten die Gründung von Baugenossenschaften, halfen bei der Kreditbeschaffung und übernahmen Aufgaben von der Planung bis zur Bauausführung. Als typisches Beispiel kann die Gründung der Baugenossenschaft Freier Gewerkschafter in Hamburg angesehen werden, die 1922 als „gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe“ angekündigt wurde. Selbstverständlich gehörte die Baugenossenschaften dem DEWOG-Revisionsverband an.

Die DEWOG erlangte maßgebliche Bedeutung im gemeinnützigen Wohnungsbau. Unter den Nationalsozialisten wurden die Gewerkschaften enteignet und DEWOG-Vermögen und Wohnungen in die „Neue Heimat“ überführt. Im Rahmen der Rückerstattung übernahm der DGB nach 1945 die „Neue Heimat“ als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen unter Beibehaltung des Namens, dessen Ursprung auf die DEWOG und August Ellinger zurückging.

Als die Nationalsozialisten 1933 begannen, Gewerkschafter zu verhaften und Gewerkschaftsvermögen zu beschlagnahmen, waren auch die DEWOG und der Verband sozialer Baubetriebe betroffen. August Ellinger, der dem DEWOG-Aufsichtsrat seit 1929 angehörte, sah sich Verfolgungen ausgesetzt und musste seine Verhaftung fürchten. Am 18. Juni 1933 nahm er sich in seinem Haus in Berlin-Grünwald, Zikadenweg 60, das Leben.

In dem bereits gleichgeschalteten „Grundstein“ setzte eine mutige Redaktion ein Zeichen, indem sie am 1. Juli 1933 den Suizid mitteilte und Ellinger für sein Lebenswerk würdigte. Die Mitteilung endete mit „Wir werden unseren Kollegen August Ellinger immer im guten Gedenken behalten.“

Am 5. November 2021 war es soweit: Die Historikergenossenschaft ludt zusammen mit Andreas Otto, Vorstandsvorsitzender der Gifhorner Wohnungsbau-Genossenschaft eG und Verbandsratsvorsitzender des vdw Niedersachsen und Bremen, ein zur Verlegung des Stolpersteines von August Ellinger.

Eugen Grimminger wurde am 29. Juli 1892 geboren. Nach der Mittleren Reife absolvierte er eine Ausbildung im Verwaltungsdienst. Er wurde Soldat im Ersten Weltkrieg und übernahm nach dessen Ende öffentliche Aufgaben in der Ernährungswirtschaft, die vor allem die Mangelverwaltung betrafen. 1922 heiratete er Jenny Stern. In demselben Jahr wechselte Grimminiger zum Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg e.V. in Stuttgart als Revisor. Sein Arbeitsschwerpunkt wurde die württembergische Milchwirtschaft. Es gelang ihm, diesen Zweig durch die Gründung zahlreicher Milchverwertungsgenossenschaften erfolgreich auszubauen. 1925 erhielt er als „Molkereiinspektor“ die Zuständigkeit für alle Molkereien im Verband. Als Oberrevisor übernahm Grimminger 1930 die Leitung der verbandlichen Prüfungsabteilung.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten sah sich das Ehepaar der Verfolgung ausgesetzt, da Jenny Grimminger jüdischer Abstammung war. Zwar konnte Eugen Grimminger seine Tätigkeit zunächst fortsetzen, nach einem Denunziationsschreiben eines NSDAP-Kreisleiter wurde er im Frühjahr 1935 allerdings vom Genossenschaftsverband entlassen. Eugen Grimminger machte sich als Bücherrevisor selbstständig und betrieb in Stuttgart ab 1937 ein Treuhand- und Beratungsbüro. Nach der Reichspogromnacht half er jüdischen Freunden und politisch Verfolgten zur Flucht in die Schweiz.

Als der mit ihm bekannte Robert Scholl im September 1942 darum bat, das eigene Wirtschaftstreuhandbüro während einer anzutretenden Haftstrafe zu betreuen, kam Eugen Grimminger in Kontakt mit Inge und Sophie Scholl, später auch mit Hans Scholl und Alexander Schmorell. Grimminger unterstützte den Kampf der jungen Aktivisten der „Weißen Rose“ gegen die NS-Diktatur mit mehreren Tausend Reichsmark. Nach der Verhaftung der Geschwister Scholl wurde Grimminger am 2.

März 1943 gefangen genommen. Der gegen ihn wegen Hochverrat beantragten Todesstrafe entging er nur knapp. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn am 19. April 1943 zu zehn Jahren Zuchthaus. Noch vor seiner Verurteilung wurde seine Frau verhaftet, später nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Nach seiner Befreiung am 22. April 1945 widmete sich Eugen Grimminger ab Juli 1945 wieder dem Genossenschaftswesen und wurde Verbandsdirektor (später Präsident) des Landesverbands landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg, eine Funktion, die er bis Ende 1958 ausübte. Eugen Grimminger verstarb am 10. April 1986 im Alter von 93 Jahren in Stuttgart.

Die Einweihung des Stolpersteins für Eugen Grimminger an seinem früheren Stuttgarter Wohnort in der Altenbergerstraße 42 findet statt am 26. Oktober 2022 um 16.00 Uhr. Auf der Veranstaltung sprechen von der Stuttgarter Stolperstein-Initiative Werner Schmidt und von der Historiker-Genossenschaft eG Dr. Holger Martens. Den musikalischen Rahmen gestaltet die Songgruppe „Die Marbacher“. Sie sind alle herzlich eingeladen an der Veranstaltung teilzunehmen.

Vielen Dank